

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreisverband Lübeck
Herrn Vorsitzenden Peter Thies
Große Burgstraße 51
23552 Lübeck

24. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Thies,

für Ihr Schreiben vom 26. Januar 2010 zum Flughafen Lübeck danke ich Ihnen.

Der Flughafen stellt einen wichtigen Teil der regionalen Infrastruktur dar. Die durch den Planfeststellungsbeschluss eröffneten Chancen sollten nun verwirklicht werden. Die Landesregierung hat den Flughafen Lübeck erheblich unterstützt. Für die Straßen- und Schienenanbindung des Flughafens wurden fast 38 Millionen Euro bereitgestellt. Allein in den vergangenen zehn Jahren wurden Investitionen in die Flughafeninfrastruktur mit 5,5 Millionen Euro bezuschusst. In der zugesagten Frist von nur einem Jahr wurde der Planfeststellungsbeschluss herbeigeführt. Um die Investitionsbereitschaft zu unterstützen, hat der Wirtschaftsminister bereits zum wiederholten Male Förderung aus der Flugplatzinvestitionszuschussrichtlinie angeboten.

Auch bei der Investorensuche wird Unterstützung gewährt. Im September 2009 hat der Wirtschaftsminister der Hansestadt schriftlich erklärt, dass Investitionen in die Infrastruktur des Flughafens Lübeck-Blankensee grundsätzlich förderfähig sind. Dies hat er in einem Schreiben an Ryanair, das Herrn Bürgermeister Saxe für ein Gespräch in Dublin im Januar 2010 zur Verfügung gestellt wurde, noch einmal bestätigt.

Die Hansestadt Lübeck ist derzeit als Alleingesellschafterin für den Erfolg der Flughafen-gesellschaft verantwortlich. Ein Ausbau des Flughafens entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss ist dafür erforderlich. Die Hansestadt muss sich allerdings deutlich zu ih-

rem Flughafen bekennen und die Verantwortung für die Finanzierung des Ausbaus übernehmen. Diese Verantwortung kann der Alleingeschafterin niemand abnehmen. Ich teile die in Ihrem Appell geäußerte Ansicht nicht, dass das Land Schleswig-Holstein den Weiterbetrieb des Flughafens ermöglichen müsse. Ich sehe den Betrieb eines Flughafens nicht als Aufgabe einer Landesregierung an. Die Landesregierung setzt vielmehr auf private Investitionen in die regionalen Flugplätze, um Impulse für die örtliche Wirtschaft zu geben. Ein finanzielles Engagement des Landes in Form einer Beteiligung an der Lübecker Flughafengesellschaft schließe ich aus.

Es ist jetzt an der Hansestadt, alles zu unterlassen, was Zweifel an ihrer Investitionsbereitschaft weckt, und sich aktiv um einen Investor zu bemühen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'P. H. ...', written in a cursive style.